

**Gegenstand: Bauantrag zur Realisierung eines Cafés mit Begegnungsstätte auf dem Berliner Platz
(Projekt im Rahmen der "Sozialen Stadt Speyer-West", wird in Form einer PowerPoint-Präsentation vorgestellt)**

Der Vorsitzende weist vorab darauf hin, dass am Freitag, 4. Mai, 16:00 Uhr, der Spielplatz eröffnet werde. Anschließend begrüßt er Herrn Görtz und Herrn Jarcke. Herr Görtz stellt das Konzept der Bäckerei Görtz vor. Herr Jarcke erläutert die Planung für Projekt am Berliner Platz.

Zu Beginn der Aussprache erinnert der Vorsitzende an den Vorschlag von Ausschussmitglied Hinderberger, wonach die Gewo gefragt werden sollte, ob sie die Räumlichkeiten bauen und vermieten wolle. Die Gewo habe abgelehnt. Die Fa. Wilhelmi sei direkt angeschrieben worden, habe aber die gesetzte Ausschreibungsfrist verstreichen lassen.

Ausschussmitglied Jaberg fragt, ob bei der Planung auch die Bedürfnisse von Jugendlichen berücksichtigt worden seien.

Herr Görtz antwortet, die Bäckerei Görtz versuche auf alle Zielgruppen Rücksicht zu nehmen. Die Bäckerei müsse für jeden erreichbar und offen sein. Es müsse für Jung und Alt, für jeden ein Angebot da sein.

Der Vorsitzende ergänzt, das Motiv für die Neugestaltung des Berliner Platzes sei gewesen, die Attraktivität zu steigern. Spezielle Angebote für Jugendliche würden z.B. durch das Jugendcafé im Woogbachtal geschaffen.

Ausschussmitglied Neugebauer fragt, ob die Marktfläche die gleiche Größe habe, wie in dem Konzept vorgesehen und ob berücksichtigt worden sei, dass es in der Kurt-Schumacher-Str. eine Bushaltestelle und einen Fahrradweg gebe.

Herr Ritter antwortet, die Planung sei mit dem Büro Bierbaum & Aichele abgestimmt. Es sei ganz wichtig, dass der Platz groß genug sei, um das Marktgeschehen und auch sonstige Nutzungen dort zu ermöglichen.

Der Vorsitzende antwortet, die Flächen würden übereinstimmen und an die Bushaltestelle sei auch gedacht worden.

Ausschussmitglied Roßkopf findet die Planung ansprechend, befürchtet allerdings eine Inflation von Begegnungsstätten. Er fragt, ob die Bäckerei Görtz die Begegnungsstätte auf ihre Kosten baue, wer sie dann nutze und wer für die peripheren Leistungen zuständig sei.

Der Vorsitzende antwortet, das Büro solle als Stadtteilbüro des Projekts „Soziale Stadt“ dienen, für das zur Zeit im Fünfkirchener Weg Räume angemietet worden seien. Der Sitzungsraum diene vielfältigen Zwecken der Stadtteilentwicklung, u.a. auch dem Stadtteilverein.

Ausschussmitglied Seither hält die Planung für gelungen. Er fragt nach den Öffnungszeiten der Toilettenanlagen.

Herr Görtz antwortet, die Toilettenanlage solle während der Öffnungszeiten des Cafés von 6 Uhr bis 20 Uhr öffentlich zugänglich sein. Danach wären die Toiletten geschlossen, es sei denn, es wäre eine Veranstaltung auf dem Platz. Dann könnten die Toiletten auch über die Begegnungsstätte geöffnet werden.

Ausschussmitglied Boiselle fragt, wie viele Sitzplätze im Café vorgesehen seien und bittet darum, einen Grundriss zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende sagt zu, einen Grundriss mit dem Protokoll zu verschicken.

Herr Görtz antwortet, es seien 59 Sitzplätze geplant.

Ausschussmitglied Ableiter hält das Projekt für gelungen. Er schlägt Herrn Görtz vor, auch in Speyer-Nord im Bereich des Heinrich-Lang-Platzes ein Café einzurichten. Weiterhin fragt er, ob man sich auch Gedanken darüber gemacht habe, dass dort Unsinn passieren könnte, dass z.B. Flaschen durch die Gegend fliegen könnten.

Der Vorsitzende antwortet, darüber habe man sich Gedanken gemacht. Die Kiosksituation motiviere und provoziere eher dazu, dass so etwas passiere. Deswegen wolle man von der Konzeption her ein anderes Angebot, eine andere Klientel mit an den Platz bringen. Dadurch sei eine bessere soziale Kontrolle möglich. Ausgehend von den positiven Erfahrungen in Speyer-Nord habe man die Idee, dass ein höheres Maß an Fluktuation und sozialer Akzeptanz auch dazu führe, dass solche Ausschreitungen zurückgedrängt würden. Sollte es dennoch dazu kommen, müsste mit den herkömmlichen Mitteln eingegriffen werden, d.h. Polizeikontrollen.

Ausschussmitglied Jaberg vertritt die Auffassung, dass sich die Jugendlichen mit dem Objekt identifizieren müssten. Er regt an, z.B. ein Angebot für Graffiti zu schaffen.

Herr Görtz antwortet, die Fa. Görtz habe in den letzten Jahren zahlreiche Objekte gebaut, teilweise in sozialen Brennpunkten, z.B. in der Bürgermeister-Grünzweig-Straße im Hemshof in Ludwigshafen. Entgegen anderslautender Befürchtungen sei dort in vier Jahren kein einziger Schaden durch Vandalismus und auch keine besprühte Wand vorgekommen, obwohl das ganze Umfeld besprüht sei. Wenn etwas schön gemacht sei und sauber sei, dann gebe es auch eine Hemmschwelle, die extrem hoch aufgebaut sei. Er spricht sich deshalb dagegen aus, eine Wand vorzusehen, die dazu einlade.

Herr Jung (Seniorenbeirat) hält das Projekt für gelungen. Er fragt, ob die Barrierefreiheit gegeben sei.

Herr Görtz bestätigt, dass das Gebäude barrierefrei gebaut werde.

Der Bau- und Planungsausschuss nimmt die Information zustimmend zur Kenntnis. Es werden keine Einwände gegen die Erteilung der Baugenehmigung erhoben.

Der Vorsitzende dankt Herrn Jarcke und Herrn Görtz für die Präsentation.

Zum Ende des nichtöffentlichen Teils der Sitzung informiert Herr Ritter, dass z.Zt. ein Städtebaulicher Vertrag ausgearbeitet werde, worin geregelt werde, dass sich die Bäckerei Görtz dazu verpflichte, die Planung auf eigene Kosten umzusetzen und in diesem Vertrag auch ein Erbbaurecht vereinbart werde, so wie es im Wettbewerb ausgeschrieben gewesen sei. Für die städtischen Räumlichkeiten, für das Büro und den Gemeinschaftsraum sei dann eine Miete zu bezahlen, die in der Höhe dem Erbbauzins entspreche, so dass sich daraus ein Nullsummenspiel für die Stadt ergebe. Darüber werde gerade verhandelt. Wenn der Vertrag fertig sei, werde er den Beschlussgremien zur Zustimmung vorgelegt.

**Gegenstand: Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP IV) Kap. 5.2.1 Erneuerbare Energien; Stellungnahme der Stadt Speyer
Vorlage: 0757/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende erklärt, in der Vorlage werde, was die Windenergie angehe, von Vorranggebieten, von Ausschlussflächen und von den Flächen gesprochen, die der kommunalen Selbstverwaltung unterliegen würden. Hier gebe es z.Zt. noch im Rahmen der Regionalplanung eine Differenz. Das LEP IV für Rheinland-Pfalz sehe alle drei Flächen vor, die Regionalplanung demzufolge auch. Die Landesregierung Baden-Württemberg möchte, dass auf Ausschlussflächen verzichtet werden solle, so dass es nur noch die Vorrangflächen gebe und alle anderen Flächen über die kommunale Selbstverwaltung abgewickelt würden, sofern es sich nicht bereits Schutzgebiete handle. Dieser Auffassung der Landesregierung Baden-Württemberg habe sich die Landesregierung Rheinland-Pfalz für den Bereich, der in der Metropolregion liege, angeschlossen. Die Hessische Landesregierung wiederum habe gesagt, ihr sei es egal, weil der Regionalplan in Hessen, im Gegensatz zu Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, keine bindende Wirkung habe. In Hessen sei der Regionalplan lediglich ein Abwägungsvorgang. Es könne passieren, dass aufgrund der Gespräche zwischen dem Regionalverband und den Landesregierungen die Ausschlussflächen in der Regionalplanung entfallen könnten.

Ausschussmitglied Theobald begrüßt, dass das LEP IV den Handlungsspielraum der Kommunen erhöht. Die Stellungnahme der Stadt Speyer gehe in die richtige Richtung.

Ausschussmitglied Ableiter spricht sich für den Vorschlag Baden-Württembergs aus. Er wirbt dafür, Speyer nicht mehr komplett als Ausschlussfläche zu betrachten. In Speyer komme der Stadtwald für Windräder in Betracht.

Der Vorsitzende antwortet, die Fragen der konkreten Umsetzung der Regionalplanung für Speyer würden in der Augustsitzung zur Diskussion stehen. Jetzt gehe es um die Stellungnahme zum LEP. Auf Speyerer Gebiet gebe es keine Windhöffigkeit, die Windräder wirtschaftlich machen würden. Die Wirtschaftlichkeit könnte sich in Zukunft verbessern, wenn sich die Effizienz aufgrund leistungsfähigerer Windräder steigern würde.

Ausschussmitglied Jaberg erklärt, der Teilflächennutzungsplan Windkraft in Speyer sei vor einem anderen politischen Hintergrund beschlossen worden. Die Entscheidung sollte nochmals überdacht werden.

Ausschussmitglied Dr. Lorenz schlägt vor zu prüfen, ob die Mülldeponie als Standort für Windkraftträder geeignet sei.

Der Vorsitzende antwortet, der Solarberg sei dafür ungeeignet, da der Untergrund das Gewicht eines Windrades nicht tragen könnte.

Beschluss (einstimmig):

Der Stellungnahme der Stadtverwaltung (siehe Nr. 2) wird zugestimmt.

19. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Stadt Speyer am 02.05.2012



19. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses 02.05.2012 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!